



Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Kathrin Klawitter
Pressesprecherin

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

klawitter@fdp.de
www.aufstieg.fdp.de

Medien-Information der FDP-NRW

Donnerstag, 22. April 2010

Pinkwart-Interview für die "Neue Westfälische"

Düsseldorf. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der FDP-NRW, Andreas Pinkwart, gab für die „Neue Westfälische“ (heutige Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Peter Jansen:

Sie wollen NRW zum Innovationsland Nr. 1 in Deutschland machen. Was kann man sich darunter vorstellen?

Pinkwart: Wir sind das Land mit den meisten Einwohnern und obwohl wir schon viel erreicht haben, sind wir noch nicht das Land mit den meisten Beschäftigten in Forschung und Entwicklung, den meisten Patenten und den höchsten Forschungsausgaben. Wir müssen weiter in diese Bereiche investieren, um zu mehr Innovation, sicheren Arbeitsplätzen und Wohlstand zu kommen.

Was ist da Aufgabe des Staates, was ist Aufgabe der Wirtschaft?

Pinkwart: Der Staat muss für beste Bildung und Grundlagenforschung sorgen. Die Wirtschaft sollte auf Rahmenbedingungen treffen, die es ihr erlaubt, möglichst viele eigene Forschungsanstrengungen zu unternehmen.

Welche Erfolge haben Sie auf diesem Feld in den letzten fünf Jahren erzielt?

Pinkwart: Wir sind bei Bildung über den gesamten Bildungsweg, von den Kindertagesstätten über die Schulen bis zu den Hochschulen, deutlich besser geworden. Wir haben den Anteil an Spitzenforschern und -forschungseinrichtungen in NRW gesteigert. Und wir haben Wissenschaftler, die ins Ausland gegangen sind, wieder nach NRW zurückgeholt. Im Jahr 2008 haben wir erstmals Bayern und Baden-Württemberg beim Einwerben nationaler Forschungsmittel überholt.

Wie wichtig sind für Sie die von Ihrer Regierung eingeführten Studiengebühren?

Pinkwart: Unsere Hochschulen haben heute 600 Millionen Euro mehr zur Verfügung als unter Rot-Grün. 280 Millionen Euro davon kommen aus Studienbeiträgen und helfen zusätzlich, die Betreuungsrelation und die Qualität des Studiums spürbar zu verbessern. Heute erreichen wir nicht nur Rekordzahlen bei den Studienanfängern, sondern endlich auch bei den Absolventen.

Wäre es nicht sinnvoller, auf die ohnehin umstrittenen Steuersenkungen zu verzichten und dafür die Studiengebühren wieder zu streichen?

Pinkwart: Wir müssen dreierlei erreichen: investieren, konsolidieren und entlasten. Investitionen in Bildung und Forschung haben Priorität. Der Bildungsetat ist in den letzten Jahren in NRW drei Mal schneller gewachsen als der Haushalt insgesamt. Zur Konsolidierung haben wir 138 Landesbehörden aufgelöst und 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut, dafür über 8.000 neue Lehrer eingestellt und die Fachhochschulen ausgebaut. Bei der Entlastung stehen jetzt die Leistungsträger mit kleinen und mittleren Einkommen, die Familien mit Kindern, im Mittelpunkt. Wir dürfen sie nicht überfordern.

Die Zahlen der nächsten Steuerschätzung deuten darauf hin, dass für Steuersenkungen kein Spielraum vorhanden ist. Hält die FDP trotzdem an ihren Plänen fest?

Pinkwart: Die nächste Steuerschätzung wird voraussichtlich die letzte bestätigen. Auf der Grundlage dieser Steuerschätzung haben wir mit der Union, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, die Steuerreform für diese Legislaturperiode verhandelt. Der Gesamtstaat wird trotz Krise im Jahr 2013 27 Prozent mehr einnehmen als 2005, dem Zeitpunkt der letzten Steuerreform. Seitdem mussten die normalen Arbeitnehmer Reallohnverzichte hinnehmen, auch durch die kalte Progression. In dieser Situation muss sich der Staat fragen, ob er nicht einen Teil seiner Mehreinnahmen an die Bürger zurückgeben kann.

Für Schwarz-Gelb sieht es in den Umfragen zur Zeit nicht so gut aus. Machen Sie sich Sorgen?

Pinkwart: Es ist eng, aber das Rennen in NRW war immer eng. Umso wichtiger ist es, für die Prinzipien einzustehen, mit denen wir unsere Erfolge erzielt haben: Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichheit. Wir halten an diesem Kurs fest. Die Alternative wäre zurück zu Rot-Grün oder was noch verheerender wäre zu Rot-Rot-Grün, was sich SPD wie Grüne nach wie vor offen halten.

Ihr Wunschpartner Rüttgers hat sich von dem Motto „Privat vor Staat“ verabschiedet...

Pinkwart: Wir trauen den Bürgern, den Arbeitnehmern und Unternehmern mehr zu. Wir sind für einen starken Staat, aber da, wo er seine originären Aufgaben hat: Bildung, Forschung, innere Sicherheit, Infrastruktur. Hier müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Der Staat darf nicht glauben, er sei der bessere Unternehmer.

Hat die FDP nur die Alternative, mit der CDU zu regieren oder in die Opposition zu gehen?

Pinkwart: Wir wollen was für das Land erreichen und unsere Ziele umsetzen. Wir sehen die größte Schnittmenge nach wie vor mit der CDU, auch wenn sie ihre Positionen ein wenig verwässert. Deshalb wollen wir diese erfolgreiche Erneuerungspolitik fortsetzen und machen uns keine Gedanken über andere Alternativen.

Warum kommt für Sie eine Drei-Parteien-Koalition nicht in Frage?

Pinkwart: NRW ist ein großes Industrieland, dieses Land braucht eine gute stabile Regierung, die bereit ist, sich auch hinter Infrastrukturprojekte zu stellen, die in der Bevölkerung teilweise auch Widerstände hervorrufen können, für zukunftsfeste Arbeitsplätze aber alternativlos sind.